

Medienmitteilung

Abstimmungsparolen der BDP Kanton Solothurn

Nein zu „Weniger Steuern für alle“ und zu „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“

Die Volksinitiative „Weniger Steuern für alle“ wird einstimmig zur Ablehnung empfohlen. Der Kanton Solothurn kann sich diese enormen Steuerausfälle in der jetzigen Zeit keinesfalls leisten.

Auch die eidgenössische Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache – Entlastung der Krankenversicherung durch Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aus der obligatorischen Grundversicherung» soll abgelehnt werden. Diese Vorlage schafft lediglich Rechtsunsicherheit und senkt die die Kosten nicht.

Ja zu „FABI“

Der Vorstand ist sich der Notwendigkeit für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs bewusst und stimmt der Vorlage über die „Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur“ einstimmig zu.

Nein zu „Gegen Masseneinwanderung“

Viel zu reden gab an der BDP Vorstandssitzung die SVP Initiative «Gegen Masseneinwanderung».

Glücklicherweise hat in Balsthal gleichzeitig die Veranstaltung mit Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga stattgefunden, an welcher auch eine BDP Delegation anwesend war und somit die Pro und Contras live mitverfolgt werden konnten.

Der Vorstand folgt den überwiegenden Argumenten für die bestehende Personenfreizügigkeit, weil diese eine wichtige Grundlage unseres Wirtschaftserfolgs und Wirtschaftswachstums darstellt. Gleichzeitig ist man sich aber auch bewusst, dass der Kriminaltourismus und die Sozialhilfe-Einwanderung langfristig ein Problem darstellen. Dafür gibt es aber bereits Gesetze zur Handhabung dieser Problematik, die aber von den Kantonen noch nicht konsequent genug umgesetzt werden.

Der Vorstand empfiehlt daher die Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ abzulehnen.

Auskunft:

Markus Dietschi, Präsident BDP Kanton Solothurn 079 673 93 78
Dominique Oppler, Vize-Präsident BDP Kanton Solothurn 079 222 83 23

11.01.2014